

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Datum: 14. Juli 2015

Beginn: 17:30 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 19:50 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Mitglieder des Planungs- Umweltausschusses

Eger, Christine

Hofschuster, Thomas

Keil, Max

Koch, Reinhold Dr.

ab 17:05 Uhr

Leone, Jean-Marie

bis 19:02 Uhr

Matthes, Sigrun Dr.

bis 19:48 Uhr

Ponn, Barbara

Pürkner, Erich

Sengl, Manfred Dr.

Stricker, Hans-Georg

von Hagen, Michaela

Wiesner, Marga

Schriftführer/in

Reichel, Andrea

Verwaltung

Dufner, Monika

zu TOP 2

Schmeiser, Beatrix

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Essbare Stadt Antrag der Fraktionen von SPD, ubp und Bündnis 90/Die Grünen	2015/0081
TOP 3	Bauflächenkataster Vorstellung aktueller Entwicklungsstand	2015/0079
TOP 4	Verschiedenes und Bekanntgaben	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 17:30 die Sitzung im Rathaus, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Nachdem sich auf seine Frage, ob mit dem Protokoll der letzten Planungs- und Umweltausschusssitzung vom 09.06.2015 Einverständnis besteht, keine gegenteilige Wortmeldung ergab, stellte der Vorsitzende ohne Widerspruch fest, dass damit die Niederschrift dieser Sitzung genehmigt sei.

Mit Einverständnis der PUA-Mitglieder wurde der TOP 2 der Ladung vorgezogen; mit der so geänderten Tagesordnung bestand Einverständnis.

TOP 2 Essbare Stadt Antrag der Fraktionen von SPD, ubp und Bündnis 90/Die Grünen

Der Vorsitzende übergab das Wort zur Erläuterung des gemeinsamen Antrags an die beteiligten Fraktionsvorsitzenden. Daraufhin stellte zunächst StR Leone den Antrag und seine Hintergründe vor. Er führte dabei u.a. aus, dass sich Puchheim für ein solches Projekt anbiete, zumal in den nächsten Jahren wichtige Projekte, wie das Stadtzentrum und die Soziale Stadt, anstünden und dort Ideen verwirklicht werden könnten. Aus Sicht der Antragsteller solle die künftige Arbeitsgruppe zeitnah Vorschläge erarbeiten. Man solle dann mit drei konkreten Projekten beginnen, damit die Umsetzung schnell sicht- und erlebbar werde. Das Projekt könne aber nur dann ein Erfolg werden, wenn sich die Bürger aktiv einbringen, was sowohl die Ideenfindung, als auch die Umsetzung und Betreuung der Projekte betreffe. Klar sei auch, dass sowohl der Anschub als auch eine ständige Begleitung des Projektes durch die Stadt erforderlich seien. Bei der „Essbaren Stadt“ gehe es nicht nur um die ökologische Komponente, sondern vor allem auch um soziale Aspekte, wobei die Teilhabe sehr wichtig sei. Eine wissenschaftliche Begleitung, wie z. B. durch die Hochschule Weihenstephan, würden sie für wertvoll halten. Die Schlagworte für das Projekt seien für ihn u. a. Nachhaltigkeit, Biodiversität, urbane Landwirtschaft und Mittel zur direkten Bürgerbeteiligung. Das Projekt stehe im Übrigen nicht in Konkurrenz zur naturnahen Freiflächengestaltung.

StR Dr. Sengl berichtete, dass sich der Umweltbeirat ebenfalls bereits mit dem Thema auseinandergesetzt habe. Dabei sei auch überlegt worden, wo sich in Puchheim in Sachen „Essbare Stadt“ etwas verwirklichen lassen könne und es seien erste Vorschläge hierzu gemacht worden. Ein großes Kräuterbeet in der Grünfläche an der Oberen Lagerstraße sei ein Beispiel für ein mögliches Projekt auf öffentlichen Flächen. Aus seiner Sicht wäre ein Projekt im Stadtzentrum schön, weil es dort viele Leute wahrnehmen könnten. Als Projekt vorstellbar sei für ihn auch ein interkultureller Garten auf niedrigem Niveau. Voraussetzung hierfür sei, dass die Eigentümer der Flächen mitmachen würden. Ein Beispiel aus Berlin zeige, dass es im Bereich von Altlastenflächen Möglichkeiten für entsprechende Maßnahmen gebe. Ohne den Einsatz von Mitteln und Personal durch die Stadt gehe es allerdings nicht. In Andernach habe es beispielsweise ein Arbeitslosenprojekt gegeben. Die im Antrag genannten Kosten seien zunächst nur als „Hausnummer“ zu sehen. Seiner Einschätzung nach sei ohne zusätzliche halbe Stelle im Bauhof wahrscheinlich nichts zu machen. Zudem könne das Umweltamt eine permanente Betreuung nicht leisten; das Projekt könne aber auch nicht alleine durch Ehrenamtliche gestemmt werden. Hierfür müsse man ggf. zusätzliche Mittel bereitstellen.

StR Dr. Koch schloss sich seinen Vorrednern an und berichtete über bereits eingebrachte Vorschläge. Ein Einstiegsprojekt in Zusammenhang mit der Stadtzentrumplanung könne er sich ebenfalls gut vorstellen; wie z. B. ein Kräuterbeet als Projekt mit der Kirche.

StR Hofschuster teilte mit, dass er den Antrag in der genannten Größenordnung nicht unterstützen könne. Den Kerngedanken der „Essbaren Stadt“ finde er jedoch gut, weshalb er dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen könne. Vorstellbar sei für ihn, dass die Stadt Flächen zur Verfügung stelle und anfangs eine Unterstützung gebe. Eine Betreuung durch eine Hochschule und einen Aufwand von rd. 20.000 € halte er für zu groß angelegt, auch vor dem Gedanken, dass die Verwaltung dann entsprechend gefordert sei. Man müsse bedenken, dass die Verwaltung schon sehr ausgelastet sei und sehr große Projekte zur Umsetzung anstünden. Aus seiner Sicht solle man das Projekt auch in der Vorprüfung nicht zu umfangreich aufziehen. Er könne sich vorstellen, dass sich für das Projekt „Essbare Stadt“ ein Verein gründe oder eine Initiative gebildet werde. Zu bedenken seien auch die nicht unerheblichen Folgekosten.

StRin von Hagen erinnerte an die Problematik mit den letztes Jahr zur Ernte freigegebenen Obstbäumen. Es sei sicher eine große Aufgabe, ein Projekt wie die „Essbare Stadt“ umzusetzen. Ihre Fraktion werde das Projekt mittragen.

Der Vorsitzende teilte mit, dass es, genau betrachtet, in Puchheim schon eine Menge laufende Projekte in Richtung „Essbare Stadt“ gebe. Ihm habe bisher aber ein verbindendes Element gefehlt. Er stelle sich eine Art „Beete-Bündel“ vor, das sich wie ein regionaler Grünzug durch die Stadt ziehe und an das auch die Nachbarkommunen anknüpfen könnten. Das Projekt bringe seiner Ansicht nach etwas für die Raumgestaltung, den sozialen Kitt, die Bildung, das Ernährungsverhalten und sei zudem ein Mobilmacher. Ideen für mögliche Standorte seien z. B. beim Haus Elisabeth, Wohnpark Roggenstein, Rathaus, Haus für Asyl sowie auch Spielplätze, Streuobstwiesen und Feldränder. Auch vielfältige Projekte seien für ihn vorstellbar, wie z. B. Gemüsebeete, Streuobstwiesen, Kräuterspiralen, die Nutzung des Glashauses oder auch Bienenstöcke bei den Schulen mit Betreuung durch einen Imker. Als Idee brachte er auch noch eine „Beete-Box“ ein, die an verschiedenen Standorten zur Bepflanzung aufgestellt werden könnte. Er würde ebenfalls nicht so viel städtisches Personal zur Verfügung stellen wollen. Unterstützung geben ja, aber eigentlich solle das Projekt von der Bürgerschaft getragen werden.

StR Pürkner teilte mit, dass er die Grundidee „Essbare Stadt“ sehr begrüße. Dies sei ein hervorragendes Projekt für bürgerliches Engagement. Unterstützung benötige es evtl. in der Startphase, aber dann habe man z. B. die Gartenbauvereine in der Stadt, die sich hier sicher gerne einbringen würden. Ihn beunruhige auch der Gedanke, dass die angelegten und gepflegten Flächen dem Vandalismus zum Opfer fallen oder auch Diebstahl vorkommen könne. Mit dieser Frage solle sich der zu gründende Arbeitskreis beschäftigen.

StR Leone bedankte sich dafür, dass die Idee im Rat positiv aufgenommen und beraten werde. Er stellte klar, dass das Projekt nicht mit der Brechstange umgesetzt werden solle. Hinsichtlich des Vandalismus habe Andernach nicht so schlechte Erfahrungen gemacht wie befürchtet. Eine Begleitung des Projektes durch die Stadt müsse sein, was aber nicht bedeute, dass es eine ständige Betreuung der Pflanzungen gebe. Das Projekt könne man auch gerade für die wichtige Integrationsarbeit nutzen. Durch die Mitarbeit an dem Projekt könne Anschluss gefunden werden. Das gelte gerade auch in der Planie.

StR Keil zeigte sich begeistert von der Idee der „Essbaren Stadt“. Damit könne man das ökologische Verständnis der Bürger verbessern und weiter entwickeln sowie das soziale Verständnis stärken. Man solle bei der Entwicklung des Projektes daher die soziale Komponente besonders beachten. Er spreche sich nicht gegen die wissenschaftliche Begleitung aus. Aber man solle vor allem die kundigen Bürger und auch die Landwirtschaft mit ins Boot nehmen. Zunächst solle man genau analysieren, was in Puchheim an Potential schon da sei, damit nicht etwas von außen übergestülpt werde. Das Ziel sei nicht, mit viel Geld Vorzeigebete zu schaffen. Das Projekt müsse von den Bürgern selbst entwickelt werden, so dass es diesen etwas wert sei. Dann sehe er den Vandalismus auch nicht so problematisch.

Der Vorsitzende fasste zusammen, dass eine grundsätzliche Zustimmung zu dem Projekt gegeben sei. Die wissenschaftliche Begleitung sei noch die Frage, während die soziale Komponente auf jeden Fall aufgenommen werden solle. Die Landwirtschaft solle mit ins Boot genommen werden. Zudem solle man aufnehmen, was schon da sei.

StRin Eger teilte mit, dass sie die Umsetzung der Idee für sehr wichtig halte, gerade auch für Kinder, die heute immer mehr Zeit vor Fernseher und PC verbringen würden. Vielleicht könne man mit einem Kindergartenprojekt oder einem Projekt zusammen mit Asylbewerbern beginnen.

Frau Dufner erklärte, dass bei der Vorbereitung zunächst einmal eruiert werden solle, welche umsetzbaren Beispiele es für urbanes Gärtnern gebe. Dabei könne man auch Informationen über die Kosten und den Arbeitsbedarf zusammentragen. Bei der Uni werde man zumindest nachfragen, ob sich diese überhaupt an solch einem Projekt beteiligen würde. Ganz wichtig sei aus ihrer Sicht, dass die Projekte nicht von der Stadt vorgegeben, sondern aus dem Arbeitskreis selbst entwickelt werden. Sie gab zudem einen Überblick über mögliche Mitglieder der Arbeitsgruppe und den Weg zum Einstieg in das Projekt.

Der Vorsitzende plädierte dafür, den Arbeitskreis nicht zu groß werden zu lassen. Wichtig wäre ihm auch, dass man mit kleinen überschaubaren Projekten starten könne, um eine Sichtbarkeit zu erreichen. Dies solle, wenn möglich, bis zum nächsten Frühjahr auf den Weg gebracht werden.

Nach eingehender Beratung fasste der Planungs- und Umweltausschuss folgenden

Beschluss

Der Planungs- und Umweltausschuss begrüßt grundsätzlich das Projekt „Essbare Stadt“ in Puchheim.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Projektgrundlagen aufzubereiten und zur entscheidenden Behandlung in der nächsten Sitzung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 3 Bauflächenkataster Vorstellung aktueller Entwicklungsstand

Der Vorsitzende erinnerte zunächst daran, dass in der Klausurtagung des Stadtrates im Oktober die Notwendigkeit des Bauflächenkatasters bestätigt und auf den Weg gebracht worden sei. Heute werde der aktuelle Entwicklungsstand vorgestellt und auch ein Einblick in die Altersstrukturen verschiedener Gebiete in Puchheim gegeben.

Frau Reichel erläuterte das Bauflächenkataster anhand einer Powerpoint-Präsentation und zeigte die Funktion im GIS-System. Im ersten Schritt seien unbebaute Grundstücke, Teilflächen bebauter Grundstücke mit zusätzlichem Baurecht und ganz gering bebaute Grundstücke (Wohnhäuser unter 50 m²) aufgenommen und graphisch dargestellt wurden. Die Informationen zu den einzelnen Grundstücken würden in eine Datenbank eingepflegt, die in Zukunft bei Bedarf auch noch angepasst oder durch weitere Eingabefelder ergänzt werden könne. Als erstes Zwischenergebnis seien mit dem Bauflächenkataster rd. 10,2 ha zur Verfügung stehende Wohnbauflächen im Stadtgebiet ermittelt worden. Dieser Bauflächenbestand befinde sich bis auf das städtische Grundstück an der Augsburgsberger Straße ausschließlich in privater Hand und könne durch die Stadt nicht gesteuert werden. Die Erfahrung zeige aber, dass aus dem Innenbereich – verteilt über das gesamte Stadtgebiet - immer wieder Flächen auf dem Grundstücksmarkt kommen und somit als neue Wohnbauflächen zur Verfügung stehen. Zusätzlich zum Bauflächenkataster seien verschiedene Wohngebiete hinsichtlich der Einwohnerstruktur ausgewertet worden. Dabei seien vorhandene Baugebiete aus verschiedenen Baujahren und mit unterschiedlicher Bebauung, wie Wohnanlagen oder Reihenhaussiedlungen hinsichtlich des Alters der Bewohner näher betrachtet und gegenübergestellt worden. Beispielsweise seien in einer Wohnanlage aus den 70er Jahren 55 % der Bewohner über 65 Jahre, während in der neuen Wohnanlage in der Franz-Marc-Straße nur knapp 5 % der Bewohner dieses Alter hätten. Die Auswertung zeige beispielsweise auch den schon begonnenen Generationenwechsel in den älteren Reihenausgebieten, der sich in den nächsten Jahren aufgrund der Altersstruktur noch verstärken werde und so Wohnraum für Familien frei werde.

StR Leone zeigte sich beeindruckt von dem Bauflächenkataster und den Auswertungen und dankte der Verwaltung, die dieses auch im laufenden Betrieb erstellt habe. Damit habe man eine Grundlage für die Planungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte, auf die Stadtrat und Verwaltung zurückgreifen können.

StR Dr. Sengl erkundigte sich, auf welche Flächen sich die genannten Werte beziehen, ob das auf diesen Flächen zur Verfügung stehende Baurecht ermittelt werden könne und ob hinsichtlich der Einwohnerentwicklung auch ältere Daten abgerufen und so eine Einwohnerentwicklung dargestellt werden könne. Frau Reichel antwortete hierzu, dass das Bauflächenkataster die Grundstücksflächen umfasse. Das zur Verfügung stehende Baurecht könne in Bebauungsplangebiet konkret ermittelt werden, während im unbeplanten Innenbereich meist nur eine ungefähre Angabe möglich sei. Eine rückwirkende Auswertung der Einwohnerdaten sei vermutlich für einige Jahre möglich, wie weit müsste jedoch erst geklärt werden.

StR Dr. Koch erteilte ein großes Lob für das Bauflächenkataster. Dieses sei ein tolles Handwerkszeug für die Planungen zur Stadtentwicklung. Das GIS-System solle aber auch genutzt werden, um weitere Informationen einzupflegen. Aus seiner Sicht sei außerdem noch eine kleinräumige Gliederung des Stadtgebietes dringend erforderlich, dann habe man ein wirklich gutes Planungsinstrument.

Der Vorsitzende erklärte, dass die Daten ebenfalls gut für die Sozialplanung genutzt werden könnten, um Entwicklungen abschätzen zu können. Insgesamt habe man zusammen mit den bald vorliegenden Daten zur Wohnraumerhebung und zur Verkehrsuntersuchung gute Grundlagen für die anstehenden Planungen. Die Aufgabe des Stadtrates sei es jetzt, die nächsten Schritte zu tun.

Beschluss

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 4 Verschiedenes und Bekanntgaben

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Ulzhöfer vom Planungsbüro Planung-Stadt-Land-Verkehr, der einen kurzen Zwischenbericht über die bisher vorliegenden Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung geben werde.

Herr Ulzhöfer berichtete, dass die Daten aus der Verkehrszählung vorliegen würden, aber z. B. die Haushaltsbefragung erst zu einem Teil ausgewertet sei. Die Rücklaufquote der Haushaltsbefragung sei mit über 25 % hervorragend. Auch wenn noch nicht alle Daten vorliegen würden, gebe es schon erste interessante Zahlen. Diese stellte er anhand von Plänen und Grafiken vor. Er erläuterte zunächst den Ablauf der Zählung am 28.04.2015 mit der zusätzlichen Verkehrsbefragung an acht Ortseingangsstellen. Für die Auswertung sei Puchheim in 30 Verkehrszellen eingeteilt worden. Anschließend ging er näher auf das Zählergebnis bei verschiedenen Knotenpunkten, wie dem Kreisverkehr FFB /Nordendstraße oder der Kreuzung Adenauerstraße/FFB 11, ein. Die höchste Verkehrsbelastung würde die Staatsstraße zwischen Kreisverkehr und Augsburgener Straße mit rd. 24.000 Fahrzeugen aufweisen. Interessant sei auch die Auswertung der Lieferwagen und Schwerlastverkehrsanteile. Hier weise beispielsweise die FFB 11 4 bis 6 % Schwerlastverkehr (mehr als 3,5 t), die Allinger Straße 3 - bis 3,5 % und die Augsburgener Straße trotz Ortsumgehung noch 3,5 % auf. Für die Augsburgener Straße werde allerdings noch ermittelt, welchen Anteil der Busverkehr daran habe. Hinsichtlich des Durchgangsverkehrs sei Gröbenzell der größte Verursacher, aber auch die Verkehrsbeziehungen zu Germering, Eichenau und München seien stark ausgeprägt. Die Anteile des Durchgangsverkehrs würden nach der Zählung in der Gröbenzeller Straße bei ca. 26 %, in der Lagerstraße (zwischen Gröbenzell und Lochhauser Straße) bei 37 %, in der Alpenstraße bei 33 % und in der Nordendstraße bei fast 55 % liegen. Hinsichtlich des Ziel- und Quellverkehrs würde die Auswertung der Haushaltsbefragung noch ergänzende Daten liefern. Er könne aber schon sagen, dass beispielsweise täglich über 7.000 Fahrten zwischen Gröbenzell und Puchheim erfolgen. Interessant sei auch, dass rd. 90 % des Germeringer Verkehrs über die Augsburgener Straße fahre. Nach einer ersten Hochrechnung aus der Haushaltsbefragung würden täglich in Puchheim ungefähr 75.000 Wege zurückgelegt, wovon ca. 42 % Binnenverkehr und ca. 38 % Ziel- und Quellverkehr seien. Abschließend teilte Herr Ulzhöfer mit, dass die restliche Auswertung über die Sommerferien erfolge. Dann würden die Ergebnisse vorgelegt und das Endergebnis vorgestellt. Im Anschluss daran gehe man in die Prognosephase. Herr Ulzhöfer griff auch noch die vorgestellten freien Wohnbauflächen des Bauflächenkatasters auf und rechnete hoch, dass man hier mit ca. 1.500 zusätzlichen Einwohnern rechnen könne. Solche Entwicklungen müsse man auch beim Verkehr berücksichtigen. Ein Puchheim mit beispielsweise 35.000 Einwohnern wäre verkehrstechnisch nicht mehr machbar. Auch die Entwicklung in den Nachbarkommunen werde sich auf den Verkehr in Puchheim auswirken. Insgesamt müsse man in jedem Fall damit rechnen, dass Puchheim in den nächsten 15 Jahren verkehrsmäßig noch wachse. Für verschiedene Straßen wäre dies durchaus problematisch und würde zu Ausweichverkehren führen. Sie würden sich daher intensiv mit möglichen Maßnahmen beschäftigen, da man das Problem mit neuen Straßen nicht lösen könne. Herr Ulzhöfer wies noch darauf hin, dass die Verkehrszählung aufgrund des sehr schlechten Wetters hinsichtlich des Radverkehrs nicht repräsentativ sei. Für die Zukunft bestehe aber auch eine gewisse Hoffnung, dass sich das Fahrverhalten teilweise ändere, da heute bereits die Tendenz da sei, dass junge Leute in Ballungsräumen gar kein oder erst spät ein Auto haben und dass evtl. auch Zweit- und Drittwägen in den nächsten 10 Jahren etwas weniger würden.

Der Vorsitzende und Frau Schmeiser berichteten, dass das Wasserwirtschaftsamt zusammen mit dem Landesamt für Umweltschutz Hochwassergefahrenkarten aufgestellt hätten. Puchheim sei nach den Berechnungen im Bereich HQ₁₀₀ (hundertjähriges Hochwasser) und HQ_{extrem} betroffen. In Puchheim seien die in der Karte dargestellten Überschwemmungsgebiete errechnet worden, die sich zum Teil durch bestehende Baugebiete ziehen würden. Die Hochwassergefahrenkarten würden voraussichtlich Ende des Jahres dem Landratsamt Fürstenfeldbruck gemeldet. Dieses habe dann eine Frist von drei Monaten, um die vorläufige Sicherung der Überschwemmungsgebiete zu betreiben. Diese vorläufige Sicherung habe die gleiche Wirkung wie eine Veränderungssperre und erhebliche rechtliche Folgen für das Gebiet. In diesen Gebieten sei dann eine weitere Bebauung und auch die Neuausweisung von Gebieten grundsätzlich untersagt. Die zuständigen Behörden könnten allerdings im Einzelfall Befreiungen hiervon erteilen.

Zum Golfplatz gab der Vorsitzende bekannt, dass der ungenehmigt angelieferte und in die Wege eingebaute Bauschutt inzwischen wieder ausgebaut worden sei und in der nächsten Zeit vom Gelände abgefahren werde.

Der Vorsitzende erläuterte, dass im Erweiterungsteil des Gewerbegebiets Süd östlich der Junkerstraße im Bebauungsplan ein Längsparkstreifen mit Gehweg vorgesehen sei. Dieser Streifen sei noch nicht ausgebaut, da noch nicht alle Grundstücke bebaut seien. Heute würde auf dem Kiesstreifen senkrecht zur Straße geparkt. Frau Schmeiser ergänzte, dass nunmehr seitens der Gewerbetreibenden der Wunsch an die Stadt heran getragen worden sei, dort so viele Parkplätze wie möglich auszubauen, d. h. auf die Längsparker und den Gehweg zu verzichten. Der Vorsitzende teilte mit, dass er dies grundsätzlich für vorstellbar halte. Frau Schmeiser ergänzte, dass der Streifen aber nur 4 bis 4,5 m breit sei. Eine Überlegung sei auch, hier nicht Senkrecht-, sondern Schrägparkplätze anzulegen. Herr Stricker teilte mit, dass er dies dort aufgrund des geringen Verkehrs für möglich halte. StRin Ponn bezweifelte, dass man für Schrägparkplätze weniger Platz benötige. Der Vorsitzende fasste als Ergebnis der Beratung zusammen, dass in die Ausbauplanung nicht in Form von Längsparkplätzen erfolgen solle, sondern die Aufgabe der Planung sei, möglichst viele Parkplätze zu schaffen.

Der Vorsitzende gab bekannt, dass der Stadt der Planfeststellungsbeschluss für die zweite S-Bahn-Stammstrecke zugestellt worden sei und bei Bedarf im Bauamt eingesehen werden könne.

Der Vorsitzende informierte darüber, dass im Rahmen der Beschlüsse zum Baugebiet Freiham in der Landeshauptstadt München ein gemeinsamer Antrag von CSU- und SPD-Fraktion aufgenommen worden sei. Danach sei das Referat für Stadtplanung und Bauordnung u. a. beauftragt worden, vom Freistaat Bayern und der DB AG eine Taktverdichtung bei der S4 einzufordern. Damit werde auch die im Verfahren immer wieder eingebrachte Forderung von Puchheim unterstützt.

Der Vorsitzende beendete die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses um 19:50 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl
Erster Bürgermeister

Andrea Reichel